Zur Soziologie des Datenschutzes Martin Rost Seminar, Dresden 29.04.2013

Ziel: Verständnis für zwei Thesen erzeugen

- These 1: Soziologische Fassung von Datenschutz
 Datenschutz ist die Beobachtung der Differenz von Organisation und Funktionssystem in der Form "Person".
- These 2: Soziologische Begründung der Schutzziele des Datenschutzes

Die Schutzziele des Datenschutzes sind "vernünftigerweise geltende Ansprüche an das Operieren technisch-organisatorischer Systeme bzw. gesellschaftlicher Infrastrukturen".

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

Gliederung

Was meint Datenschutz?

- 1. Objekt: Asymmetrische Organisations-Personen-Verhältnisse
- 2. Kernregelung des Datenschutz-Rechts: Verbot mit Erlaubnisvorbehalt
- 3. Datenschutzrecht: EU, BDSG, LDSG, Spezialgesetze
- 4. Akteure: Datenschutzbeauftragte (BfDI, LfD, DSB)
- 5. Schutzziele: Integration von Recht, Technik, Organisation über Schutzziele
 6. Beispiele für technisch-organisatorische Maßnahmen: Protokollierung, Dokumentation, Identitätenmanagement
- 7. Modellierung von Datenschutz-Aktivitäten
- 8. Facebook im Lichte der Schutzziele und des Standard-Datenschutzmodells

Was meint Soziologie?

- 1. 3-Welten-Theorie, das Gesellschaftliche als "Realität sui generis" (Durkheim)
- 2. Kommunikatives Handeln (Habermas) Handeln und Sprechen als praktische Aktivitäten
- 3. Funktionale Systemtheorie (Luhmann) Interaktion, Organisation und funktional-differenzierte Gesellschaft
- 4. Facebook im Lichte der Soziologie

Gesellschaftliche Funktion des Datenschutzes

DS deckt Strukturdefekte auf; Schutzziele umzusetzen ist vernünftig; die "Würde des Menschen" wird kommunikativ konstituiert, deshalb Anford. an Komm-Technik

	Was ist	und was	macht	Datenso	hutz?
Martin Rost:	Soziologie des Date	nschutzes, Dresden	, 2013-0429		4







Objektbereich des Datenschutzes

- Datenschutz beobachtet die organisierte Informationsverarbeitung und Kommunikation in der asymmetrischen Machtbeziehung zwischen Organisationen und Personen. Konkret umfasst das vor allem die Beziehung zwischen:
 - öffentlicher Verwaltung und deren Bürgern;
 - privaten <u>Unternehmen</u> und deren **Kunden**;
 - Praxen / Instituten / Gemeinschaften und deren Patienten, Mandanten, Klienten;
 - Wissenschaftsorganisationen und deren Forschungsobjekten Individuen, Subjekte, Menschen;
 - <u>IT- und Energie-Infrastruktur-Providern</u> und deren **Nutzern** (bspw. Access-, Suchmaschinen-, Mail-, Socialnetwork-Betreiber, Energie-Unternehmen, ...);
 - Institutionen und deren Mitarbeitern oder Mitgliedern.
- Datenschutz bewertet die asymmetrischen Machtbeziehungen zwischen strukturell mächtigen Organisationen und deren Klientel im Hinblick darauf, ob diese aus Sicht der Personen unter Bedingungen gestellt sind.

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

7

1. Zwischenfazit

- Datenschutz: Jede Organisation ist ein Angreifer!
- Datensicherheit: Jede Person ist ein Angreifer!

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

Datenschutzrecht, abgeleitet aus Art. 1, 2 GG

Artikel 1 Grundgesetz



- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2

- (1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
- (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

10

Datenschutz "informationelle Selbstbestimmung"

Zentrale Datenschutz-Figur: "Recht auf informationelle Selbstbestimmung" (BVerfGE 65, 1 - Volkszählung (http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv065001.html))

- 1. Unter den Bedingungen der modernen Datenverarbeitung wird der Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten von dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG umfaßt. Das Grundrecht gewährleistet insoweit die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.
- 2. Einschränkungen dieses Rechts auf "informationelle Selbstbestimmung" sind nur im überwiegenden Allgemeininteresse zulässig. Sie bedürfen einer verfassungsgemäßen gesetzlichen Grundlage, die dem rechtsstaatlichen Gebot der Normenklarheit entsprechen muß. Bei seinen Regelungen hat der Gesetzgeber ferner den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Auch hat er organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen zu treffen, welche der Gefahr einer Verletzung des Persönlichkeitsrechts entgegenwirken.

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

Was ist technisch zu tun?

Als Kommunikations-Techniker würde man nun was genau machen, um Personen gemäß Datenschutzrecht zu schützen?

Genau... man macht erst einmal alle Ports dicht! Dann Anforderungen sichten, die erfüllt sein müssen, damit gewünschte Kommunikation möglich ist.

Also "Port 80" und nen ssh-Port öffnen und in besonderen Fällen noch n Applicationlevel-Proxy davor. (Und vielleicht noch nen honeypot, büschen intrusion-detection, nagios usw. usw.)

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

12

Kernregelungsstrategie des Datenschutzrechts

Grundsatz:

Es dürfen keine personenbezogene Daten verarbeitet werden PUNKT

=> "Verbot mit Erlaubnisvorbehalt"<=

Eine Ausnahme von diesem Grundsatz ist zulässig, wenn

- ein Gesetz die Verarbeitung regelt, was insbesondere für den öffentlichen Bereich gilt, oder wenn
- eine **Einwilligung** vorliegt, was inbesondere im privaten Bereich vorliegt, wobei an die Einwilligung Bedingungen geknüpft sind:
 - Bestimmung des Zwecks
 - Freiwilligkeit,
 - vollumfängliche Informiertheit und Bestimmtheit der Verarbeitung,
 - abschließende Bestimmung der Empfänger.

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

Datenschutz-Recht: Grundsätze

- Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) erstreckt sich auf Privatpersonen Bundesbehörden und Telekommunikationswirtschaft
- Landesdatenschutzgesetze
 erstrecken sich auf öffentliche Verwaltung
 eines Bundeslandes und Kommunen sowie
 Privatunternehmen
 (speziell in SH: DS-Verordnung)
- EU:
 - Europäische Grundrechte-Charta
 - Datenschutz-Richtlinie
 Wirkung über Import in deutsche
 Gesetze
- Spezialgesetze:
 - Telemedien-Gesetz, T-Kommunik-Gesetz, SGB, AO, LandesMeldeGes, LVerwGesetz/ PolizeiGes, PassGes, PersonalausweisGes, EnWG, AufenthaltsGes.
- → Regel: Die Spezialgesetze gehen den Allgemeingesetzen vor. ←

- Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung
 - Gesetzliche Rechtsgrundlagen
 - Einwilligung
- Grundsatz der Zweckbindung
- Grundsatz der Erforderlichkeit
- Grundsatz der Datenvermeidung und Datensparsamkeit
- Grundsatz der Transparenz
- Grundsatz der klaren Verantwortlichkeit
- Grundsatz der Kontrolle
- Grundsatz der Gewährleistung der Betroffenenrechte
 - Verbot der Profilbildung
 - Verbot der Vorratsammlung
 - Verbot der automatisierten Einzelentscheidung
- Nutzung anonymisierter oder pseudonymisierter Daten

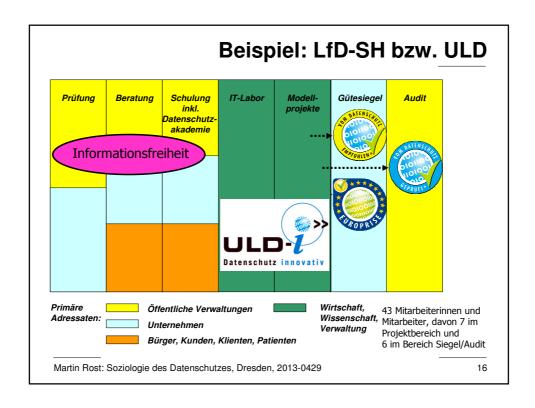
Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

1/

Datenschutzbeauftragte

- Die Aufgaben des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und Informationsfreiheit (BfDI) sind in §4f, 4g BDSG geregelt. Der Zuständigkeitsbereich umfasst Behörden des Bundes und Unternehmen der Telekommunikationsunternehmen.
- Jedes Bundesland hat eigene Landesdatenschutzbeauftragte (LfD) gemäß landeseigenen gesetzlichen Grundlagen. Der Zuständigkeitsbereich umfasst die landeseigenen Behörden sowie Unternehmen mit Sitz im Bundesland. Einige LfDe sind auch zuständig für Vollzug des Informationsfreiheitsgesetzes (IfG).
- Wenn Organisationen personenbezogene Daten (Arbeitnehmerdaten, Kundendaten, Bürger) automatisiert verarbeiten, müssen in der Regel behördliche oder betriebliche Datenschutzbeauftragte bestellt werden.
- Der Europäische Datenschutzbeauftragte (EDSB) ist eine unabhängige Kontrollbehörde, die die Verarbeitung personenbezogener Daten bei den Organen und Einrichtungen der EU kontrolliert (Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des europäischen Parlaments und Rates vom 18. Dezember 2000).
- Die Kirchen und der Rundfunk in Deutschland haben eigene Datenschutzbeauftragte (DSB).

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429



Datenschutz: Geschichte und Medien

- ab 1890 (Warren/Brandeis, USA): "The right to be let alone".
- 1960: Missstände in Kreditwirtschaft, Einführung eines Melderegisters in den USA, in Deutschland Argwohn über Machtasymmetrie durch IT-Einsatz bzgl. Legislative / Exekutive.
- ab 1970: Erstes Hessisches Datenschutz-Gesetz, Einrichtung der Landes-DSBeauftragten.
- 1983: Volkszählungsurteil des BVerfG: "Recht auf informationelle Selbstbestimmung".
- ab etwa 1990: Technisierung des Datenschutzes: "Privacy-Enhancing-Technologies" (PET): Datenschutz mit Technik durchsetzen! Ausbildung von Instrumenten des Systemdatenschutzes / Selbstdatenschutzes (z.B. Identitymanagement Typ3)
- ab 2000: Ökonomisierung des Datenschutzes, nachgewiesen guten Datenschutz: gütesiegeln und auditieren.
 ab 2005: "Datenschutz in die Prozessel" CC, ITIL,
- ab 2005: "Datenschutz in die Prozesse!" CC, ITIL, CoBIT, BSI-GS, IFG-Bund, EuroPrise-Gütesiegel.
- 2008.02: BVerfG: "Gewährleistungsgrundrecht auf Integrität und Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme".
- ab 2010: Erweiterung und Spezifikation der Schutzziele der Datensicherheit durch die Neuen Datenschutz-Schutzziele: Nicht-Verkettbarkeit, Intervenierbarkeit, Transparenz.

- 1. Phase eines primär reaktiv und **normativ** ausgerichteten Datenschutzes Kernfigur: Verbot mit
- Phase eines <u>zusätzlich</u> proaktiv und **operativ** agierenden Datenschutzes

Erlaubnisvorbehalt.

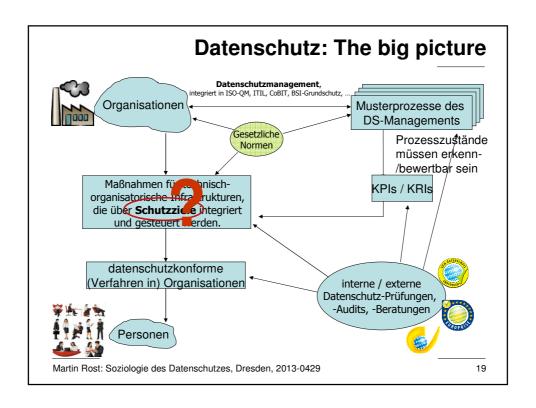
- **Privacy 1.0**: Datenminimierung, z.B. durch Anonymität
- **Privacy 2.0**: Nutzersteuerung durchIdentitätenmanagement sowie Datenschutzmanagement und Audits
- **Privacy 3.0**: Kontextuelle Integrität (Borcea-Pfitzmann et al. 2011)

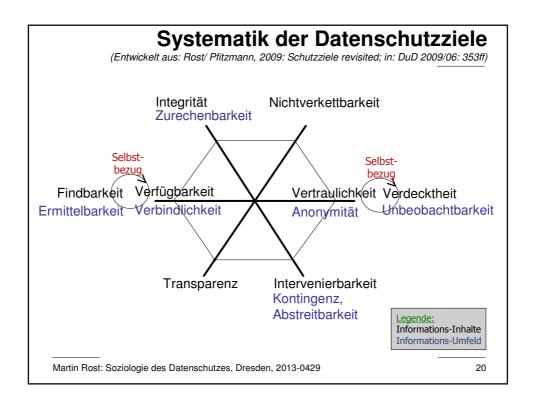
Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

2. Zwischenfazit

- Organisationen dürfen im Grundsatz keine personenbezogenen Daten verarbeiten.
- Die meisten Datenschutzregeln klären, unter welchen Umständen Organisationen ausnahmsweise personenbezogene Daten verarbeitet dürfen.
- Datenschutz hat sich von einer reinen juristischen Disziplin zu einer auch Technik einsetzenden Disziplin verändert: Datenschutz nicht gegen sondern durch die Nutzung von Technik (Privacy Enhancing Technologies) bzw. Identitätenmanagement.

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429





Maßnahmen zur Umsetzung von Datenschutz

· Sicherstellung von Verfügbarkeit

Daten/Prozesse: Redundanz, Schutz, Reparaturstrategien

· Sicherstellung von Integrität

Daten: Hash-Wert-Vergleiche

Prozesse: Festlegen von Min./Max.-Referenzen, Steuerung der Regulation

· Sicherstellung von Vertraulichkeit

Daten: Verschlüsselung

Prozesse: Rollentrennungen, Abschottung, Containern

• Sicherstellen von Transparenz durch Prüffähigkeit

Daten: Protokollierung

Prozesse: Dokumentation von Verfahren

Sicherstellen von Nichtverkettbarkeit durch Zweckbestimmung/bindung
Daten: Pseudonymität, Anonymität (anonyme Credential)
Prozesse: Identitätenmanagement, Anonymitätsinfrastruktur, Audit

Sicherstellen von Intervenierbarkeit durch installierte Ankerpunkte Daten: Zugriff auf Betroffenen-Daten durch den Betroffenen Prozesse: SPOC für Änderungen, Korrekturen Lösehen, Aus Schalter

Prozesse: SPOC für Änderungen, Korrekturen, Löschen, Aus-Schalter, Changemanagement,

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

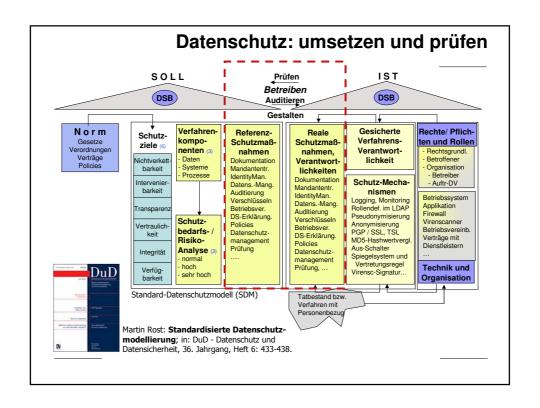
Funktion der Schutzziele des Datenschutzes

- Die Schutzziele transformieren wechselseitig normative und technisch-organisatorische Anforderungen an technisch-organisatorische Systeme.
- Vertrauen zu gewähren und zu beanspruchen ist dann rational, wenn Organisationen gegenüber
 - sich selber.
 - den betroffenen Personen und
 - externen Aufsichtsinstanzen

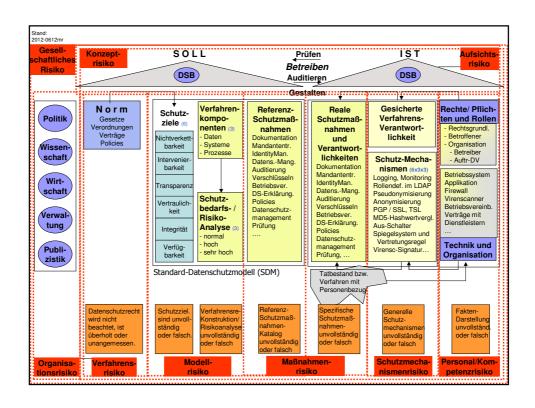
nachweisen (können), dass sie ihre Prozesse der Datenverarbeitung und ihre Systeme gemäß den von den Schutzzielen formulierten Anforderungen beherrschen und dabei generell an Fairness bzw. Rechtskonformität gegenüber Personen orientiert sind.

- Schutzziele operationalisieren iie Vertrauenswürdigkeit der Kommunikation zwischen Organisationen und deren Personen (Bürger, Kunden, Mitglieder, Personen).
- → Schutzziele transferieren ein Vertrauensproblem zwischen Organisationen und Personen in ein Entscheidungsproblem.

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429



	Daten	Systeme	Prozesse
Verfügbarkeit	D1.1 Einschränkung von Lösch-	S 1.1: Schutz vor Schadsoftware	P 1.1: Vertretungspersonal
	/Veränderungsrechten	S 1.2: Backup von Konfigurationen und Software	P 1.2: Fähigkeit zur Aufgabenerledigung durch Dr
	D 1.2 Schutz vor Schadsoftware	S 1.3: Hardwareredundanz	(Vorbereitung Outsourcing)
	D 1.3 Backup der Daten	S 1.4: Ausweichräume, und -Netze	P 1.3: Ausweichprozesse, Amtshilfe
Vertraulichkeit	D 2.1: Einschränkung von Leserechten (für Datenverarbeiter, ggf. durch den Nutzer selbst) D 2.2: Protokollierung lesender Zugriffe D 2.3: Verschlüsselung der Daten D 2.4: Ende-zu-Ende-Verschlüsselung	S 2.1: Einschränkung von lesenden Zugriffsrechten auf IT-Systeme (z. B. Netztrennung durch Sicherheitsgateways) S 2.2: Verschlüsselung auf Systemebene (Festplatten, Datenbank)	P 2.1: Verpflichtung auf das Datengeheimmis (BD P 2.2: Verschwiegensheitsvereinbarungen P 2.3: Geeignete Organisation bei der Vergabe vo Zugriffsrechten ("need-to-know")
Integrität	D 3.1: Einschrinkung von Schreib- und Anderungsschein D 3.2: Protokollierung von schreibenden/ändernden Zugriffen D 3.3: Protokollierung geinderter Daten D 3.4: Nachberichtigung D 3.5: technische Integritätskontrollen (Signaturen/Hashes)	S 3.1: Einschrinkung von schreibenden Zugriffen/Konfigurationmöglichkeiten auf IT-Systeme (z. B. Netztrennung durch Sicherheitsgateways) S 3.2: Regelmäßige Integritätsprüfungen/Audits	P 3.1: Detaillierte Planung von Verfahren und Verfahrensschritten P 3.2: Geordnete Zweisung von Rechten und Rol P 3.3: Geordnete Änderung von Verfahren und Verfahrenssschritten P 3.4: Regelmäßige Überprüfung
Nicht-	D 4.1: Einschränkung von Verarbeitung-s-	S 4.1: Kennzeichnung der Zwecke auf Ebene des	P 4.1: Trennung auf Verfahrensebene
Verkettbarkeit	Nutzungs-Übermittlungsrechten für einzelne Daten D 42: Kennzeichnung der Zwecke auf Ebene der Daten D 43: Einschränkung von identifizierenden Daten; Pseudonymisierung D 44: Anonymisierung von Daten	Systeme \$ 4.2: Trennung von Datenbeständen \$ 4.3: Einschränkungen von Verarbeitungs-, Nutzungs- und Übermittlungsmöglichkeiten (Funktionalitätseinschränkung) \$ 4.4: Trennung auf Systemebene (Software, Hardware; Mandantenfähigkeit)	P 4.2: Rechte + Rollenvergabe, ggf. an eine anders rechtliche Entitial (z. B. Personalvertretung) P 4.3: Gewaltenteilung
Transparenz	D 5.1: Dokumentation der Datenfelder einschließlich Erforderlichkeit D 5.2: Protokollierung von Datenverarbeitungen mit Schutzbedarf zunehmender Detaillierungsgrad und Speicherdauer D 5.3: Integriätisschutz der Protokolle (separater Protokollierungsserver)	S 5.1: Dokumentation der Systeme (Hardware, Software, Algorithmen) S 5.2: Protokollierung von Konfigurationsänderungen S 5.3: zunehmende Kontrolldichte bei höherem Schutzbedarfen; automatisiertes Monitoring	P 5.1: Dokumentation des Verfahren und einzelne Prozesse (einschließlich beteitligter Organisationse Rollen und Übermittlungen an Dritte) P 5.2: Dokumentation der Änderungsprozesse
Intervenierbarkeit D 6.1: Schaffung notwendiger Datenfelder (z. B. für Gegendarstellungen) DUD		S 6.1 Funktionalitäten in den Systemen für die Bearbeitung von Sperrungen, Widersprüchen, Beauskunfungen S 6.2 Funktionalitäten in den Systemen für die Umsetzung von weiteren Rechten Betroffener (z. B. Rufnummerunterdrückung, Pseudonyme Nutzungsmöglichkeit, etc.) S 6.3 Funktionalitäten für Betroffene, einzelne	P 6.1: Organisation der Umsetzung der Betroffene (Rechte + Rollen für Auskunft, Sperrungen) P 6.2: Organisation der Umsetzung der Betroffene (Rechte und Rollen bei der Bearbeitung von Gegendarstellungen und Einwänden; Übersteuer automatisierter Einzelfallentscheidungen) P 6.3: Single Point of Contact für Datenschutzfrag
	"Thomas Probst: Generische	Betroffenenrechte direkt wahrzunehmen (z.B.	
Sharker on the latest terms of the latest term	Schutzmaßnahmen für	Auskunftsportal, "Datenbrief", Zusendung von	
Name and Address of the Owner, where	Datenschutz-Schutzziele":	Protokollen, eigene Änderungsmöglichkeiten) S 6.4 Steuerungsmöglichkeiten für einzelne Funktionen	
And the same of th	DuD - Datenschutz und	("Overrride") bei automatisierten Einzelentscheidungen	
		S 6.5 Deaktivierungsmöglichkeit einzelner	
100	Datensicherheit, 36. Jahrgang,	Funktionalitäten ohne Mitleidenschaft für das	
Marian.	Heft 6, Juni 2012: 439-444	Gesamtsystem	



3. Zwischenfazit

- Das Konzept der Schutzziele ("SZ") sowie das Standard-Datenschutzmodell ("SDM") erlauben einen integren, transparenten und zweckgemäßen wechselseitigen Transfer zwischen rechtlichen Normen und technischen Funktionalitäten in Bezug auf die Gestaltung der Aktivitäten von Organisationen,
- SZ und SDM operationalisieren den Anspruch auf Beherrschbarkeit von Verfahren als Voraussetzung für Vertrauenswürdigkeit und Fairness in der Beziehung zwischen Organisationen und deren Klientel.

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

26

Datenschutzanalyse von facebook gem. SZ

- Keine Zusicherung der Verfügbarkeit des Dienstes für Nutzer oder Kunde.
 - Der Dienst kann jederzeit beendet werden.
- Keine Zusicherung der Integrität sämtlicher Daten, insbesondere der Profildaten.
 - Es können Personeneigenschaften beliebig verändert werden.
- Keine Zusicherung der Vertraulichkeit von Daten und Kommunikationen insbesondere gegenüber Facebook und deren Kunden.
 Personbezogene Daten sind verfügbar für den der zahlt (Marketing) oder sie beschlagnahmt (Staat)
- Keine Zusicherung von Transparenz darüber, was Facebook mit Daten macht.
 - Keine Prüffähigkeit der Datenverarbeitung von Facebook.
- Keine Zusicherung bzgl. der Nicht-Verkettbarkeit, zu welchem Zweck Facebook die Daten erhebt.
 - $\label{prop:constraint} \textit{Facebook speichert und verkettet s\"{a}\textit{mtliche personenbezogene Daten ohne festgelegten Zweck}.$
- Keine Zusicherung von Intervenierbarkeit des Nutzers in seine eigene Datenverarbeitung auf Facebook.
 Nutzer kann seine Daten weder löschen

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

Datenschutzanalyse von facebook gem. SDM

- Sehr hoher Schutzbedarf (existentielle Bedrohung siehe "Arabischer Frühling") der Daten bzw. des Dienstes
- Modellierung der Daten, IT-Strukturen und Prozesse mangels Transparenz (kein Zugriff auf Dokumente und Protokolle durch Nutzer oder Aufsichtsbehörden) unklar.
- Kein methodischer Soll-Ist-Abgleich möglich, damit ist keine Prüffähigkeit des Dienstes gegeben.
- Einwilligung ist nicht rechtskonform, weil nicht hinreichend informiert und bestimmt und die Grundrechte nicht achtend (z.B. Unverletzlichkeit des Briefgeheimnises (Art. 10 GG)).
- Fazit: Facebook agiert nicht rechtskonrom, da Verstoß gegen Datenschutzrecht und nicht bereit oer unfähig nachzuweisen, dass es seine Prozesse beherrscht.

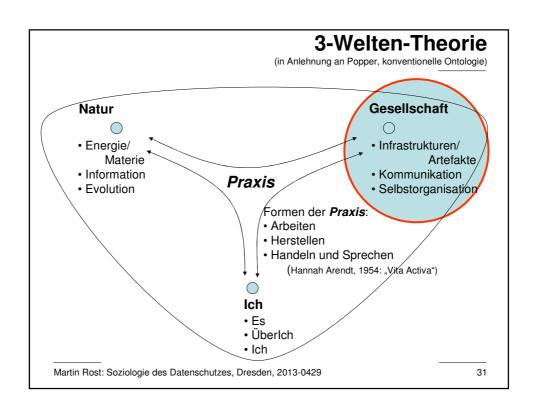
28

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

	Was meint Soziologie?
 Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, D	resden, 2013-0429 2:

Soziologie: Was ist Gesellschaft? - "Gesamtheit der Produktionsverhältnisse" Marx 1857/58: Grundrisse –"Gemeinschaft und Gesellschaft" Tönnies (1887): Gemeinschaft und Gesellschaft "Realität sui generis" Durkheim 1897: Regeln der soziologischen Methode - "Formen der Wechselwirkung handelnder Personen" Simmel 1918: Soziologie "Emergente Figurationen" Elias 1936: Prozess der Zivilisation "Handlungssystem" Parsons 1937: Structure of social action "Konstruktion der Wirklichkeit" Berger/ Luckmann 1966: Gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit "Soziale Felder" Bourdieu 1979: Die feinen Unterschiede "System und Lebenswelten"

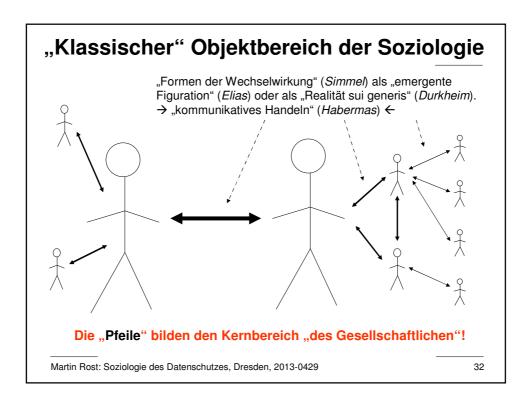
30



Habermas 1982: Theorie des kommunikativen Handelns "Selbstreproduzierende Kommunikationssysteme"

Luhmann 1998: Soziale Systeme

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429



4. Zwischenfazit

Die Soziologie nimmt nicht "den Menschen" in den Blick, auch nicht irgendwie "die Menschen", sondern diejenigen Formen, die das Handeln und Sprechen von Menschen konstituieren und beschränken und sich eigensinnig verstetigt haben.

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

Formen sozialer "Beziehungen"

("Evolution sozialer Systeme" nach Luhmann 1998)

· Gemeinschaften, mit Segmenten

- Horden, Clans, Verwandtschaft und Familien
- geringe Rollendifferenzierungen/ Rollenkonflikte, Primat Sachorientierung

Organisationen mit Hierarchien (Stratifikation)

- Burgen, Schiffe, Manufakturen, Militärs, Klöster
- komplexe Rollendifferenzierungen/Rollenkonflikte, Primat Sozialorientierung, Ringen mit formaler Logik

Moderne Gesellschaften mit funktionaler Differenzierung

- Moderne Gesellschaften entstehen im Vorlauf der Industrialisierung.
 Entwicklungen: Buchdruck, technische Zeichnungen, Blaupausen,
 Buchgeld, Kapitalverzinsung, Macciavelli, Hobbes Leviathan, Trennung
 Religion-Politik, philosophisch-aufklärerische Selbstbewegungslogiken
 philosophisch durchdekliniert für Natur (Schelling), Ich (Fichte, Kant),
 Gesellschaft (Hegel, Marx)
- Keine zentral-logische Vereinbarkeit verschiedener Rollen mehr, Primat der Orientierung an Zeit und punktueller Ereignishaftigkeit

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

34

Soziale Systeme moderner Gesellschaften

nach Luhmann 1998)

Interaktionssysteme

- Anwesenheit unter Personen
- Kommunikationsmedium: Rede
- Reproduktion von Aufmerksamkeit

Organisationssysteme

- Mitgliedschaft, Kommunikation über Entscheidungen und Entscheidungsprogramme
- Kommunikationsmedium: Schrift
- Verwaltungen, Firmen, Vereine, Kirchen...
 - Reproduktion von Adressierbarkeiten, Rollen und Funktionen

· Gesellschaftliche Funktionssysteme

- Kommunikative Erreichbarkeit
- Kommunikationsmedium: Symbolisch generalisierte, binäre Schematismen:
 - · Wirtschaft (Zahlung/Nichtzahlung, Schema: Preise),
 - Politik (Macht/Nichtmacht, Schema: politische Programmatiken),
 - Recht (Recht/Nichtrecht, Schema: Gesetze),
 - Wissenschaft (Wahr/Nichtwahr, Schema: Theorien und Methoden)

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

Gesellschaftliche Funktionssysteme und deren Kontingenz-Quellen

- Gesellschaftliche Funktionssysteme haben spezifischen Kontakt nur zu sich selbst. Es gibt keinen Import von Informationen, "operativer Blindflug über den Wolken".
- Sozialsubsysteme können andere (auch Sozial-)Systeme nur als Störungen in ihrer Umwelt wahrnehmen.
- Die gesellschaftlichen Sozialsysteme müssen die externen Umweltstörungen in interne Informationen transformieren und halten sich zudem an ihre systemeigenen Quellen einer systemimmanenten Verunsicherung genauer: Kontingenz (offene Nicht-Notwendigkeit). Die Verunsicherungsquellen sind:
 - Politik: Gewaltenteilung, öffentliche Meinung, Bewegungsfreiheit Rolle Staats-Bürger ("citoyen")
 - Justiz: Gewaltenteilung, Grundrechte als Abwehrrechte gegenüber dem Staat Rolle: Polit-Bürger ("bourgeois")
 - Wirtschaft: Markt, Eigentum Rolle: Kunde
 - Wissenschaft: **Diskurs**, **Wissen**Wissen führt nicht zur Gewissheit, sondern zur erweiterten Ungewißheit
 Rolle: *Mensch* (Medizin, Anthropologie, Biologie), *Subjekt* (Philosophie), *Individuum* (Psychologie), *Person / Unjekt* (Soziologie)
 - Kunst: Opposition zum Nützlichen, Perspektivenvielfalt, Konstruktivität, Transzendenz Rolle: Produzent/Rezipienten, Prosumer (Internet)

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

36

5. Zwischenfazit

- Es gibt drei Typen sozialer Systeme
 - Interaktionssysteme
 - Organisationssysteme
 - Funktionssysteme
- Die Funktionssysteme haben ihre systemeigenen Quellen der "Störung" und "Verunsicherung", die dann bestimmte Anforderungen an Personen stellen:
 - Politik/ Recht Politische Teilhabe, Gewaltenteilung Behörden
 Bürger
 - Wirtschaft Markt Unternehmen –> Kunden
 - Wissenschaft Diskurse Institute -> Mensch, Subjekt, Individuum, Person
 - Kunst Werke Museen -> Künstler

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

Geltungsansprüche

(nach Habermas 1980, http://de.wikipedia.org/wiki/Geltungsanspruch#Universalpragmatik)

"Mit der Durchführung von Sprechakten werden "Geltungsansprüche" verbunden. Ihre Erfüllung muss im kommunikativen Handeln von den Sprechern unterstellt werden. Solange die Verständigung gelingt, bleiben die wechselseitigen Ansprüche unthematisiert, scheitert sie, müssen die Unterstellungen daraufhin überprüft werden, welche von ihnen unerfüllt blieb. Je nach Geltungsanspruch existieren unterschiedliche Reparaturstrategien.

Habermas unterscheidet vier Arten von Geltungsansprüchen sinnhafter Rede, die nicht aufeinander zurückgeführt werden können:

Verständlichkeit

Der Sprecher unterstellt das Verständnis der gebrauchten Ausdrücke. Bei Unverständnis wird zur Explikation durch den Sprecher aufgefordert.

Wahrheit

Bezüglich des propositionalen Gehalts der Sprechakte wird Wahrheit unterstellt. Wird diese bezweifelt, muss ein Diskurs klären, ob der Anspruch des Sprechers zurecht besteht.

Richtiakeit

Die Richtigkeit der Norm, die mit dem Sprechakt erfüllt wird, muss anerkannt werden. Auch dieser Geltungsanspruch ist nur diskursiv einlösbar.

Wahrhaftigkeit

Die Sprecher unterstellen sich gegenseitig Wahrhaftigkeit (Aufrichtigkeit). Erweist sich diese Antizipation (Voraussetzung) als unhaltbar, kann der Hintergrundkonsens nicht mit dem unwahrhaften Sprecher selber wiederhergestellt werden."

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

38

Datenschutzsoziologische Analyse von facebook II

- Facebook agiert nicht datenschutzgerecht und ist demnach nicht vertrauenswürdig. Es ist nicht rational und im Sinne Habermas nicht vernünftig, die Dienste von Facebook zu beanspruchen.
- Facebook unterläuft die Mechanismen des Marktes (sämtliche Aktivitäten von Angebot und Nachfrage werden zentral gespeichert und analysiert, kein anonymes Bezahlen), des Rechtsstaates (keine Gewaltenteilung, keine anonyme Abstimmbarkeit) und auch den wissenschaftlich-freien Diskurs (keine anonyme Teilnahme a la "anonymous peer reviews" mit der Chance auf Freisetzung des "seltsamen Zwangs des besseren Arguments" (Habermas)).
- Facebook agiert als eine dem Markt und dem Recht weitgehend entzogene zentrale Vermittlungsinstanz und ist dadurch ein organisierter Angriff auf die funktionale Differenzierung moderner Gesellschaften.
- Reichen diese Befunde für Faschismusverdacht gegenüber facebook (und nicht minder gegenüber google, apple)?

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429



Datenschutz ist die organisierte Beobachtung der Differenz Organisation vs funktional. Differenzi<u>erung</u>

- Organisationen brechen latent die Kontingenzquellen und Freiheitsversprechen der Funktionssysteme:
 - Monopolisierung anstatt Markt,
 - Dominanz der Exekutive anstatt Gewaltenteilung und Mitbestimmung auch der Schwachen,
 - Diskursimmunisierung anstatt Diskurs,
 - Bändigung der Formenvielfalt anstatt Variationenfülle
- Am Brechen der Souveränitätsversprechen gegenüber Bürgern, Kunde, Subjekten, Individuen..., detektiert Datenschutz nicht funktionierende Differenzierung durch überdominant agierende Organisationen.
- Datenschutz interveniert in Organisationen, damit diese die Souveränität von Personen achten und somit funktionaldifferenziert agieren.
- Die Interventionen des DS geschehen entlang der Schutzziele.

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

Schutzziele als Geltungsanforderungen an vernünftiges Operieren organisierter Systeme

- Geltungsanforderungen an kommunikatives Handeln (Verständlichkeit, Wahrheit, normative Richtigkeit, Wahrhaftigkeit) zielen auf Konsensfähigkeit ab. Man kann deren grundlegende Geltung für vernünftig auf der Sinnebene funktionierender Kommunikation nicht aussichtsreich bestreiten.
- Die Schutzziele des Datenschutzes (Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit, Transparenz, Nichtverkettbarkeit, Intervenierbarkeit) stellen auf ein vernünftiges Funktionieren technisch-organisatorischer Systeme ab. Man kann deren Geltung für vernünftig auf der operativen Ebene funktionierende Kommunikation diskursiv nicht aussichtsreich bestreiten.

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

42

Folgerungen für die Gestaltung von IKT in einer modernen Gesellschaft

- Die Umsetzung der Schutzziele des Datenschutzes ist eine Voraussetzung dafür, dass Kommunikation verallgemeinerungsfähig vernünftig gelingen kann. Das heisst: Kommuniktions- und Informationstechnik muss neutral funktionieren und darf niemanden strukturell bevorteilen, auch wenn sie von Organisationen erbracht und genutzt wird.
- 2. Wenn die Definition von Menschenwürde nicht mehr christlich (wie noch im maßgeblichen GG-Kommentar Dürig/Maunz bis 2003), sondern als "kommunikativ eingebettet" begriffen wird (GG-Kommentar Dürig/Maunz nach 2003), dann folgt daraus, dass eine unfaire ausgelegte und technisch unbeherrscht und unsicher betriebene I&K-Technik strukturelle Risiken für die Würde des Menschen erzeugt.

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429

Kontakt?

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Literaturhinweis Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, in: DuD 2013/02: 84-89.



Martin Rost



Mail: martin-rost@web.de Webseite: http://www.maroki.de

Blog: https://marokiblog.wordpress.com Twitter: http://twitter.com/#Martin_Rost

Martin Rost: Soziologie des Datenschutzes, Dresden, 2013-0429